

Die deutsch-französische Freundschaft im Januar 2013

Vortrag von Dr. Sascha Lehnartz

DIE WELT, Paris.

Fassen wir einmal kurz zusammen, was bisher geschah: Anfang des vergangenen Jahres zog François Hollande mit der Ansage in den Wahlkampf, er wolle den Ende 2011 mühsam ausgehandelten europäischen Stabilitätspakt „neu verhandeln“, wenn er denn gewählt würde.

Bundeskanzlerin Angela Merkel gab derweil ein gemeinsames Fernsehinterview mit dem da noch amtierenden Präsidenten Nicolas Sarkozy. Hauptzweck dieser Darbietung bestand darin, dem von schlechten Umfragewerten bedrängten Partner Schützenhilfe im Wahlkampf zu leisten. Den Oppositionskandidaten Hollande empfing sie indessen entgegen den deutsch-französischen Gepflogenheiten nicht in Berlin.

Geholfen hat das weder Sarkozy noch Merkel. Gewählt wurde bekanntlich Hollande, und er ließ bald durchblicken, dass er nicht geneigt war, die Brüskierung durch die Kanzlerin während des Wahlkampfes rasch zu vergessen.

Zwar stattete er noch am Tag seiner Amtseinführung der Bundeskanzlerin in Berlin einen ersten Besuch ab – eine Geste, welche die herausragende Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnisses unterstreichen soll, die aber mittlerweile nur dann noch Aufsehen erregt, wenn sie unterbleibt - doch auf dem Weg nach Berlin wurde sein Flugzeug von einem Blitz getroffen. Hollande musste umkehren und kam rund anderthalb Stunden zu spät. Nicht wenige der im Regen vor dem Kanzleramt wartenden

Journalisten wollten in diesem Donnerschlag ein erstes himmlisches Zeichen für sich verdunkelnde deutsch-französische Horizonte sehen. Und bislang deutet wenig daraufhin, dass ihre Ahnungen widerlegt würden.

Hollande nutzte die ersten sich bietenden Gelegenheiten, um der Kanzlerin deutlich zu machen, dass der kurze Sommer der Merkozyschen-Harmonie unwiderruflich vorüber und man weit davon entfernt wäre, ein neues, einigermaßen reibungslos funktionierendes, Tandem, einen Motor oder gar ein Ehepaar zu bilden - das voreilige Journalisten bereits mit dem Akronym „Homer“ versehen hatten.

An Stelle seiner neuen Partnerin lud Hollande nämlich kurz darauf erst einmal seine Genossen von der da noch existierenden SPD-Troika in den Élysée-Palast ein – und schon die penetrant wiederholten Beteuerungen, dass das gar nichts zu bedeuten habe und völlig normal sei, machten mehr als deutlich, dass das sehr wohl etwas zu bedeuten hatte und keineswegs normal war. Hollande ging auf Konfrontationskurs.

In seiner Programmschrift „Changer le Destin“, (Das Schicksal wenden) mit der Hollande in den Wahlkampf gezogen war, hatte Hollande über seinen Vorgänger und dessen angeblich zu ausgeprägte Kompromissbereitschaft gegenüber der deutschen Kanzlerin gespottet: „In dieser modernen Paarbeziehung hat Angela Merkel das Steuer in der Hand.“

Hollande, das wurde aus diesen Zeilen deutlich, war angetreten, der Kanzlerin das Ruder aus der Hand zu nehmen. Die Merkozy-Methode der vorab ausgehandelten deutsch-französischen Kompromisse, die dann den EU-Partnern zum abnicken präsentiert wurden, lehnte er ab. Stattdessen lotete er neue Bündnisvarianten aus, mit der das, was er sich unter

Wachstumspolitik vorstellt, auch gegen deutsche Bedenken durchgesetzt werden konnte. Hollande konnte sich dabei gewiss sein, dass er unter den unter den Merkelschen Austeritätsanforderungen ächzenden Süd-Ländern der EU rasch Unterstützer für seinen Kurs finden würde.

Beim Treffen des europäischen Rates in Brüssel im Juni 2011 machte Angela Merkel die auch für sie überraschende Erfahrung, dass sie es nun nicht mehr mit dem - zumindest in seiner Unberechenbarkeit verlässlichen - Sarkozy zu tun hatte, sondern sich einem franko-italienischen Dreieck gegenüber sieht, das sich aus Hollande und den beiden Marios – Monti und Draghi – gebildet hatte. Es lässt sich mit dem spanischen Premier Mariano Rajoy sogar zu einem Viereck erweitern.

Bei Bedarf, das haben die Vertreter des Olivengürtels der EU mittlerweile unter Beweis gestellt, verstehen sie über Bande zu spielen. Anstelle des direkten Dialogs mit Deutschland hat Hollande eine Strategie der Einkreisung Deutschlands gewählt. Das Ergebnis dieser Konstellation war, dass es Monti im Juni in Brüssel gelang, durch eine ultimative Forderung 500 Milliarden für den Europäischen Stabilitätsfond zur Rekapitalisierung angeschlagener Banken heraus zu handeln. Es geschah bezeichnenderweise in derselben Nacht, in der Mario Balotelli die deutschen Träume von einem Sieg bei der Fußball Europameisterschaft beendete.

Hollande, den Monti vorher in seinen Plan eingeweiht hatte, unterstützte das Manöver schweigend, denn auf diesem Wege kam er in den Genuss seines Wachstumspaketes, ohne das er nicht ohne Gesichtsverlust nach Paris hätte zurückkehren können.

Wenige Wochen später erklärte EZB-Präsident Mario Draghi, dass die EZB den Euro bedingungslos stützen werde. Auch das war eine Entscheidung, die ganz in Hollandes Sinne war – der im Übrigen mit Emmanuel Macron einen Wirtschaftsberater hat, der als ehemaliger Mitarbeiter der Rothschild- Bank einen ähnlichen Investment-Banker-Hintergrund hat wie der Ex-Goldman-Sachs-Banker Draghi. Man versteht sich. In der Zentralbank hat er zudem einen Ansprechpartner mit dem noch von Sarkozy dorthin beförderten Volkswirt Benoît Coeuré.

Merkel, vor allem aber der von ihr eingesetzte Bundesbankpräsident Jens Weidmann standen mit einem Mal ziemlich einsam da.

Hollande gelang es zwar nicht, die im Wahlkampf geforderte „Neuverhandlung“ des Fiskalpaktes durchzusetzen – im Übrigen eine relativ forsche Forderung, denn bislang zeichneten sich EU-Beschlüsse dadurch aus, dass sie von neu gewählten Regierungen respektiert wurden. Das ihm trostweise gewährte Wachstumspaket besteht weitgehend aus altbekannten Töpfen für ohnehin geplante Infrastrukturmaßnahmen, und der noch von Sarkozy ausgehandelte Vertrag wurde schließlich nahezu wortgleich von der nun sozialistisch dominierten Nationalversammlung durch gewinkt – dennoch sollte Hollande fortan für sich in Anspruch nehmen, der Kanzlerin die Stirn geboten und eine „Neu-Ausrichtung Europas“ durchgesetzt zu haben.

Das allein bewahrte ihn jedoch daheim nicht vor abstürzenden Umfragewerten. Der Herbst war in Frankreich dominiert von Entlassungswellen, steigenden Arbeitslosenzahlen, Firmenpleiten, massiven Steuererhöhungen und Debatten über die Notwendigkeit von Nationalisierungen, die ausgerechnet von Arnaud Montebourg

vorangetrieben wurden, „Minister für industriellen Wiederaufbau“ – und vermutlich das germanophobste Mitglied des Kabinetts.

Eine kohärente Reformpolitik, die vor allem die auch vom französischen Rechnungshof angemahnten, viel zu hohen Staatsausgaben ins Visier nähme, ist bis heute nicht zu erkennen. Mehr als 35 Milliarden Euro fehlen, damit Frankreich bis 2015 seine Defizitziele erreicht.

Mitglieder der Bundesregierung ließen in diesen Wochen gegenüber Journalisten gerne fallen, dass sie sich „ernsthafte Sorgen“ um Frankreich machten. Das Land könne als nächstes ins Visier der Märkte geraten. Einen Zeitungsbericht, nachdem Finanzminister Schäuble den deutschen Sachverständigenrat gebeten habe, ein Gutachten über Frankreich zu erstellen, ließ das deutsche Finanzministerium Tagelang undementiert. Was nichts anderes bedeutete, als dass man nichts dagegen hatte, dass das Gerücht seine Wirkung erzielte.

Auf seiner ersten großen Pressekonferenz seit seiner Wahl sagte Hollande, das deutsch-französische Verhältnis sei gut, ließ aber auch den Satz fallen, dass niemand dem anderen „Lektionen“ zu erteilen habe.

Unterdessen scheiterte die von Airbus vorangetriebene Fusion mit dem britischen Rüstungskonzern BAE. Die französische Presse war sich einig: Angela Merkel hat die Fusion verhindert, die einen schlagkräftigen europäischen Konzern hätte entstehen lassen, weil sie Arbeitsplätze in Bayern sichern wollte.

Im November schließlich stellte der Ex-Airbus Chef Louis Gallois seinen Bericht mit Reformvorschlägen zur Wiederherstellung der

„Wettbewerbsfähigkeit“ für die französische Wirtschaft vor. Der Bericht ist niederschmetternd und spricht von der „Décrochage“, also dem Absturz Frankreichs im Vergleich zum deutschen Partner. Gallois schlägt als zentrale Maßnahmen die Reduktion der Lohnnebenkosten vor, Premierminister Ayrault verspricht einen Tag später die nahtlose Umsetzung nahezu aller Vorschläge des Berichtes – bis auf den wichtigsten: statt einer Finanzierung einer Senkung der Lohnnebenkosten über eine Mehrwertsteuererhöhung – die vor allem deshalb verworfen wird, weil sie auch Sarkozy schon geplant hatte – soll ein kompliziertes System von Steuererleichterungen die Arbeitskosten reduzieren.

Sämtliche Maßnahmen sollen jedoch erst 2014 in Kraft treten, was die Sorgen der um Frankreich besorgten nicht verringert. Der Dezember wird dominiert von der Diskussion um den steuerflüchtigen Gérard Depardieu - der zu einer Symbolfigur für die Gegner von Hollandes Steuerpolitik wird, die vor allem Besserverdienende und Unternehmen belastet.

Eine Einigung gibt es immerhin noch, eine Bankenunion wird beschlossen, doch auch hier überwiegt in der Wahrnehmung nicht der Erfolg der Einigung, sondern der Streit über den Fahrplan. Kritisiert wird in Frankreich zudem, dass die Deutschen alles daran gesetzt hätten, die Sparkassen aus dem EU-weiten Kontrollsystem herauszuhalten.

Wenige Tage vor dem Jubiläum der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages gibt es also erkennbar wenige Themen, bei denen zwischen Deutschland und Frankreich Harmonie herrschen würde. Um die gängigen Metaphern zu bemühen: Der deutsch-französische Motor stottert wieder einmal, und das „Paar“ wird sich bei seinem großen Auftritt am 22. Januar 2013 große Mühe

geben müssen, dass keiner der Gäste sofort erkennt, das es sich ausgerechnet zur Goldenen Hochzeit in einer handfesten Ehekrise befindet.

Es herrscht sogar eine derart angespannte Stimmung, dass nahezu jede Geste ein weiteres Missverständnis provozieren kann. Selbst der eigentümliche Plan der Bundesbank, die Goldreserven aus Paris abziehen, wird in Paris umgehend als „maladresse diplomatique“ betrachtet.

Weitaus gewichtiger jedoch - und mit großem Potential für tiefergehende Verstimmungen - ist das deutsche Verhalten in der Mali-Krise. Nach der Ankündigung der Bundesregierung, zwei Transall-Flugzeuge zur Unterstützung zu senden, sagte Hollande, auf die Frage, ob er mit dem deutschen Einsatz zufrieden sei, „er sei voll auf zufrieden“. Das dürfte eine starke Übertreibung gewesen sein. Die Diskussion, darüber, weshalb Frankreich Europa nun ziemlich allein gegen die Entstehung eines Islamistenstaates vor seiner Tür verteidigt, hat in Frankreich gerade erst begonnen.

Je nach Verlauf der Krise, wird die Bundeskanzlerin nicht damit rechnen können, dass sie sich der Verantwortung, den Partner in dieser heiklen Mission zu unterstützen, entziehen kann, wie sie es im Libyen-Konflikt getan hat, nur weil in Deutschland gerade Wahljahr ist. Unabhängig von ihrem Ausgang lassen sich nämlich bereits jetzt zwei Effekte der Mali-Krise beobachten, die der Bundeskanzlerin den Umgang mit Hollande nicht unbedingt erleichtern dürften:

- 1) Das deutsche Lavieren belegt nach der Fehlentscheidung in der Libyen-Krise ein weiteres Mal die geopolitische Unreife der Bundesrepublik.

2.) Die Tatsache, dass Hollande sich – wenn auch nolens volens - in einen kriegsführenden Oberbefehlshaber der Streitkräfte verwandelt hat, wird sein ohnehin nicht geringes Selbstbewusstsein weiter vergrößern.

Quer durch das politische Spektrum wurde seine Entscheidung in Frankreich begrüßt. Zugleich wächst die Kritik an den Partnern, die Frankreich mit dieser schwierigen Mission allein ließen. Auf Deutschland werden neue Ansprüche hinzukommen.

15 Prozent seiner Amtszeit hat Hollande absolviert, das vorläufige Fazit lautet: Die deutsch-französischen Beziehungen sind in einer Krise, das ist die schlechte Nachricht.

Die gute Nachricht ist: sie sind es eigentlich immer. Wenn man sich die Geschichte dieses Verhältnisses seit Unterzeichnung des Élysée-Vertrages anschaut, dann haben die Phasen der Reibung und der Konfrontation die Phasen der eitlen Harmonie zumeist überwogen. Im Grunde begann diese Ehe ja bereits mit einer Krise.

„Verträge sind wie junge Mädchen und Rosen“, sagte Charles de Gaulle nach der Ratifizierung des Vertrages durch den Bundestag im Mai 1963. „Sie halten so lange wie sie halten.“ Der General war tief enttäuscht, dass die Atlantiker im Deutschen Bundestag es auf Betreiben des CDU-Politikers Kurt Birrenbach noch geschafft hatten, dem von Adenauer im Januar unterschriebenen Vertrag eine Präambel vorzusetzen, in der die Bindung an Amerika und der Wunsch nach Aufnahme der Briten in den gemeinsamen Markt betont wird.

Das war exakt das Gegenteil von dem, was de Gaulle mit dem Vertrag bezweckt hatte, dem ein Gegengewicht zum atlantischen Bündnis vorschwebte.

Ein Erfolg, wenngleich kein geringer, war der Vertrag also zunächst einmal nur auf der symbolpolitischen Ebene der demonstrativen Versöhnung der Erbfeinde. Politisch hielt de Gaulle ihn für einen Flop, zumal sein Partner Adenauer wenig später aus dem Amt schied und de Gaulle mit dessen Nachfolger Erhard nichts anfangen konnte. Es folgten verlorene Jahre - die Politik des „leeren Stuhls“. „De Gaulle war ein großer Deutscher, aber ein kleiner Europäer“, lautet ein passendes Bonmot.

Unter de Gaulles Nachfolger Pompidou ging es zwar mit Europa voran – Aufnahme Englands gegen Festschreibung der französischen Agrar-Subventionen - doch zwischen Pompidou und Willy Brandt entwickelte sich kaum ein brauchbares Band, obwohl dieser - ebenso wie Kurt Georg Kiesinger - passabel Französisch sprach.

Sichtbar voran kam das deutsch-französische Verhältnis erst unter Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing mit der Herausbildung des europäischen Währungssystems.

Das Tandem Kohl-Mitterrand ist heute vor allem für seine große Versöhnungsgeste und die Einführung des Euro in Erinnerung geblieben. Man übersieht dabei leicht, dass auch diese Beziehung oft schwierig war: Mitterrands fehlende Begeisterung für die Wiedervereinigung, Kohls-10-Punkte-Plan, die Debatte um die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Mitterrands wenig hilfreicher Besuch bei Hans Modrow im Dezember 1989 sind die Stichworte.

Ganz abgesehen davon, dass Mitterrand die Währungsunion ja nicht aus Begeisterung über die deutsch-französische Freundschaft einführen wollte, sondern um Deutschland zu schwächen. Dass dieses Kalkül Mitterrands nicht aufging, sondern im Gegenteil Deutschland heute vor allem als Profiteur des Euros dasteht, ist eine Ironie der Geschichte und Wurzel der Probleme, vor denen wir heute stehen.

Verschärft wurden diese im Übrigen auch dadurch, dass sich Schröder und Chirac 2003 erst einmal darauf einigten, die Defizitkriterien nicht einzuhalten. Das wiederum ist ein Indiz dafür, dass zuweilen auch zu große Harmonie in der deutsch-französischen Freundschaft zu suboptimalen Resultaten führen kann.

Schröder und Chirac bemühten sich im Übrigen zu Beginn ihrer Amtszeiten ähnlich wie später Sarkozy oder nun Hollande, mal etwas Anderes auszuprobieren als die deutsch-französische Beziehung, kehrten aber nach einem kurzen Flirt mit England bald mehr oder minder reumütig in die bestehende Ehe zurück.

Sarkozy begann seine Amtszeit zudem mit der kühnen Idee, eine Mittelmeerunion zu gründen, aus der er die Deutschen zunächst ganz heraushalten wollte.

Wenn man heute noch einmal die Medienberichte über die Anfänge der Beziehung zwischen Angela Merkel und Nicolas Sarkozy betrachtet, dann ist man weit entfernt von der romantischen Verklärung, die in dem - erst in der Euro-Krise geprägten - Symbiose suggerierenden Begriff „Merkozy“ stets mitschwingt. Daher muss man die Hoffnung, dass sich François

Hollande und Angela Merkel zum Wohle der deutsch-französischen Beziehungen und zum Wohle Europas aufeinander zu bewegen, wohl noch nicht fahren lassen.

Was braucht es dazu? Von französischer Seite sicherlich eine entschiedenerere wirtschaftliche Reformpolitik. Hollande hat gerade bewiesen, dass er außenpolitisch entscheidungsfähig ist, es wäre zu wünschen, dass er sich auch in der Wirtschaftspolitik zu kühneren Schritten, mithin zu entschiedeneren Reformen fähig ist. Das ist leicht gesagt, denn er ist innenpolitisch abhängig von einer starken Linken, die der Idee nachhängt, dass das „modèle français“ - also ein Sozialstaat mit hoher Staatsquote - gegen die Herausforderungen der Globalisierung zu verteidigen sei.

Inwiefern Hollande selbst an diese Möglichkeit glaubt, ist nicht ganz klar. Gelegentlich sieht es so aus, als hoffe er darauf, dass die Zinsen für französische Staatsanleihen niedrig bleiben und sich die Konjunktur schon von alleine erholen werde. Da ist er ganz von der ökonomischen Lehre der ENA geprägt – ein in Zyklen denkender Keynesianer.

Ob das aufgeht, ist ungewiss. Wenn er Pech hat, gerät Frankreich sehr schnell unter den Druck der Märkte. Dann wird die Euro-Krise schneller und wuchtiger zurück sein als wir uns das alle wünschen können.

Deutlich ist, dass Hollande mit dem, was er unter einer „Neuorientierung Europas“ versteht, eine sozialdemokratischere Ausrichtung Europas meint. Wenn man in Deutschland die Forderung nach einem „solidarischeren“ Europa hört, schrillen zumeist die Alarmglocken, weil man befürchtet, dass

das ziemlich teuer werden könnte. Hollande hat kein Hehl daraus gemacht, dass er „Euro Bonds“ für einen dauerhaften Weg aus der Krise hält.

Die Frage wird sein, ob man sich in Deutschland auf Dauer gegen solche Ambitionen wehren kann, zumal man inzwischen ohnehin den Weg der Vergemeinschaftung der Schulden eingeschlagen hat.

Aus deutscher, das heißt: aus konservativer ordnungspolitischer Sicht – die man in Frankreich gerne „orthodox“ nennt - ist das vielleicht nicht der vernünftigste Weg, aber es hat in der deutschen Geschichte ja schon einmal einen Moment gegeben, in der sich ein Politiker über die ökonomische Vernunft hinwegsetzte und den Deutschen eine Währungsunion bescherte, die, das kann man fast ein Vierteljahrhundert später sagen, den Wohlstand nicht reduziert hat.

Wenn Deutschland an einer Vertiefung des deutsch-französischen Verhältnisses und damit einer Vertiefung der Europäischen Union gelegen ist, dann wird es nicht anders können, als sich von einigen lieb gewonnenen ökonomischen Überzeugungen schrittweise zu verabschieden, die in Frankreich wahlweise als „legalistisch“ oder „moralistisch“ betrachtet werden.

Die Passion für Inflationsbekämpfung und die obsessive Einhaltung von Defizitkriterien gehören dazu.

Frankreich wiederum wird sich seinerseits von der Vorstellung verabschieden müssen, alleine auf Grund der Strahlkraft des französischen Modells die Prozesse der Globalisierung aufhalten zu können. Es wird schmerzhaft Reformen durchführen müssen, wenn es nicht weiter massiv

an Wirtschaftskraft einbüßen und damit selbst zu einem Risikofaktor für den Fortbestand der Europäischen Währungsunion werden will. Ob Hollande die Zeit bleiben wird, diesen Anpassungsprozess in dem gemächlichen Tempo durchzuführen, das ihm vor zu schweben scheint, werden schon die kommenden Monate zeigen. Wahrscheinlich wird er sich etwas sputen müssen.

Im deutsch französischen Verhältnis – und damit in Europa, ist man immer dann voran gekommen, wenn man auf der Basis gegenseitigen Vertrauens aufeinander zu bewegt hat, gegenseitige Zugeständnisse gemacht hat, die für den einzelnen jeweils mit politischen Risiken verbunden waren. „Donnant-donnant“ heißt dieses Prinzip auf Französisch.

Im Kontext einer europäischen Krise, in der nicht wenige Länder unter einer Austeritätspolitik, die als „deutsches Diktat“ empfunden wird, an ihre sozialen und politischen Belastungsgrenzen stoßen, könnte es sein, dass der Zeitpunkt nicht mehr fern ist, wo die beiden wichtigsten europäischen Partner genötigt sein werden, über ihre jeweiligen Schatten zu springen und ihre Motorfunktionen wieder aufzunehmen.

Dieses Risiko einzugehen, könnte sich für beide und mithin für ganz Europa durchaus lohnen. Um einen solchen Sprung zu wagen, braucht es jedoch Vertrauen und davon ist bislang im Verhältnis zwischen Angela Merkel und François Hollande nicht viel zu spüren.

Man muss kein Nostalgiker sein, um eine gewisse Sehnsucht dafür zu empfinden, wie de Gaulle und Adenauer es zwischen 1958 und 1962 gelang, gegenseitig Vertrauen aufzubauen. De Gaulle lud Adenauer nach Colombay

les-deux-églises ein, die Staatsbesuche in den jeweiligen Ländern dauerten jeweils eine Woche und führten durch mehrere Städte.

Geht heute nicht mehr, behauptet man heute gern, zuviel zu entscheiden, Politik hat sich zu sehr beschleunigt - dabei war damals gerade Kuba-Krise.

Reden? Wurden selbstverständlich in der Landessprache gehalten. Heute dauern Begegnungen in der Regel nicht länger als zwei Stunden, und die Protagonisten der deutsch-französischen Freundschaft kommunizieren mühsam auf Englisch. Wagen sie sich doch einmal in die Sprache des anderen, wird es meist unfreiwillig komisch. Als Hollande im September in Ludwigsburg drei Sätze auf Deutsch sagte, produzierte der Teleprompter der die Untertitel produzierte, nur ulkiges Kauderwelsch.

Der große Romanist Ernst Robert Curtius hat einmal geschrieben, um Frankreich zu verstehen, müsse man es nicht allein studieren, sondern man muss „elastisch genug sein, um Frankreich so zu sehen, wie es sich selbst sieht.“

Wenn sich Angela Merkel an diese Forderung hält, und im Gegenzug François Hollande die Flexibilität entwickelt, auch Deutschland so zu sehen, wie es sich selbst sieht, dann hat die deutsch-französische Freundschaft vielleicht ihre Zukunft erst noch vor sich.

Mainz, 19. Januar 2013